



Pressemitteilung

Datum: 29.06.2026

Postanschrift

Bezirksamt Neukölln von Berlin
12040 Berlin

Pressekontakt

Tel.: +49(0) 30 90239 - 2386
bv@bezirksamt-neukoelln.de

Selbstbestimmung schützen - Zwangsverheiratungen wirksam verhindern

Die Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin hat auf ihrer Sitzung am Mittwoch, den 24. Juni 2026 eine Entschließung einstimmig mit 42 Ja-Stimmen der 42 anwesenden Bezirksverordneten verabschiedet:

Entschließung der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin

Die Bezirksverordnetenversammlung bekennt sich uneingeschränkt dazu, dass jeder Mensch das Recht hat, sich frei und selbstbestimmt für einen Ehe- oder Lebenspartner zu entscheiden.

Zwangsehen, von denen insbesondere Mädchen und junge Frauen betroffen sind, dürfen dagegen nicht Teil unserer Gesellschaft sein, denn sie stellen eine schwere Verletzung der Menschenrechte dar und widersprechen den Grundwerten einer freien und demokratischen Gesellschaft.

Die Bezirksverordnetenversammlung nimmt mit Bestürzung zur Kenntnis, dass nach den aktuellsten Erhebungen aus dem Jahr 2022 des Berliner Arbeitskreises gegen Zwangsverheiratung berlinweit immer noch 496 Fälle geplanter, befürchteter oder bereits vollzogener Zwangsverheiratung bekannt wurden. Die Mehrheit der Betroffenen war zwischen 16 und 21 Jahre alt, rund 91 Prozent waren Mädchen und Frauen. Ein erheblicher Teil der vollzogenen Zwangsverheiratungen erfolgte im Ausland, häufig im Zusammenhang mit Ferienaufhalten. Fachorganisationen gehen zudem von einem hohen Dunkelfeld aus.

Insbesondere vor den Sommerferien weisen Fachberatungsstellen und Behörden fortwährend darauf hin, dass zahlreichen Minderjährigen bei Auslandsaufhalten Zwangsverheiratungen drohen. Für die Betroffenen bedeutet dies häufig den Verlust ihrer persönlichen Freiheit, ihrer Bildungs- und Entwicklungschancen sowie oftmals psychische und körperliche Gewalt.

Die Bezirksverordnetenversammlung begrüßt deshalb die wichtige Arbeit von Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen, Beratungsstellen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die gefährdete junge Menschen unterstützen und schützen. Gleichzeitig besteht weiterhin Handlungsbedarf bei Prävention, Sensibilisierung und Schutz.



Vor diesem Hintergrund erklärt die Bezirksverordnetenversammlung Neukölln:

1. Jeder Mensch hat das Recht, frei und selbstbestimmt über seine Lebensführung sowie die Wahl eines Ehe- oder Lebenspartners zu entscheiden.
2. Zwangsverheiratungen dürfen weder relativiert noch als kulturelle, religiöse oder familiäre Angelegenheit betrachtet werden. Sie sind eine Form von Gewalt und müssen konsequent benannt und bekämpft werden.
3. Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Schulsozialarbeit, Jugendämter und Beratungsstellen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Prävention und zum Schutz Betroffener. Ihre Arbeit muss auch in Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte verlässlich abgesichert und gestärkt werden.
4. Die Sensibilisierung von Fachkräften für Warnsignale einer drohenden Zwangsverheiratung muss kontinuierlich fortgeführt und gestärkt werden.
5. Niedrigschwellige, mehrsprachige Beratungs- und Unterstützungsangebote für gefährdete Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene müssen dauerhaft gesichert und ausgebaut werden.
6. Die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugendhilfe, Polizei, spezialisierten Beratungsstellen soll weiter intensiviert werden, um gefährdete Personen frühzeitig zu erreichen und wirksam zu schützen.
7. Vor den Sommerferien sollen regelmäßig und nachhaltig Informationen über Hilfs- und Schutzangebote gezielt an Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und weitere Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit verbreitet werden, damit Betroffene und Vertrauenspersonen frühzeitig Unterstützung erhalten können.
8. Die Bezirksverordnetenversammlung Neukölln unterstützt alle Maßnahmen, die dazu beitragen, das Bewusstsein für die Rechte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf ein selbstbestimmtes Leben frei von Zwang, Gewalt und Diskriminierung zu stärken.

Karsten Schulze

Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung

Neukölln von Berlin

